

## Antwort

### der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Barbara Benkstein, Eugen Schmidt, Edgar Naujok, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD  
– Drucksache 20/13433 –**

### Zu den wiederholten Ausfällen digitaler Zahlungssysteme

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Mitte September 2024 kam es in Deutschland zu einer bundesweiten Störung der Kartenzahlung. Betroffen waren hiervon die Kartenleseterminals des IT-Dienstleisters Telecash, der zum US-amerikanischen Unternehmen First Data gehört und der deutschlandweit etwa 250 000 Terminals zum bargeldlosen Zahlen betreibt. Die Störung war weder auf einzelne Kreditinstitute noch auf einzelne Branchen beschränkt; Probleme in Bäckereien wurden ebenso gemeldet wie in Friseursalons, Schnellrestaurants und Apotheken. Nach einigen Stunden konnten die Probleme behoben werden, das Abheben von Bargeld bei entsprechenden Automaten war zu jeder Zeit möglich (vgl. „Deutschlandweite Störung der Kartenzahlung“, FAZ, 13. September 2024, S. 27).

Nach einer ersten Einschätzung war ein gezielter Hackerangriff auf die betroffenen IT-Systeme unwahrscheinlich. In einer Stellungnahme erklärte das Bundesinstitut für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), man befinde sich im Austausch mit den Finanzinstituten. Das Unternehmen Telecash sprach von „Netzwerkproblemen“, die „die Transaktionsverarbeitung beeinträchtigten“ ([www.heise.de/news/Kartenzahlung-nach-Ausfall-bei-Zahlungsdienstleister-gestoert-9866090.html](http://www.heise.de/news/Kartenzahlung-nach-Ausfall-bei-Zahlungsdienstleister-gestoert-9866090.html)). Bereits im April 2024 war es zu einem stundenlangen Ausfall des digitalen Bezahlers mit der Girocard gekommen, betroffen waren seinerzeit Kunden der Sparkassen; als Ursache wurde ein Problem bei der Verschlüsselung identifiziert ([www.zeit.de/geld/2024-04/sparkassen-girocard-bezahlen-probleme](http://www.zeit.de/geld/2024-04/sparkassen-girocard-bezahlen-probleme)).

1. Kann die Bundesregierung die erste Einschätzung, für den in der Vorbemerkung der Fragesteller geschilderten Ausfall digitaler Zahlungssysteme Mitte September 2024 sei kein Hackerangriff verantwortlich, nach jetzigem Kenntnisstand bestätigen, und wenn ja, hat die Bundesregierung seitdem weitere Erkenntnisse über die geschilderte Störung der digitalen Zahlungssysteme gewonnen (bitte ausführen)?

Der Bundesregierung liegen keine Anhaltspunkte dafür vor, dass der Vorfall auf einen Angriff zurückgeht.

2. Liegen der Bundesregierung zum Beispiel Hinweise darauf vor, ob die in der Vorbemerkung der Fragesteller geschilderten Ausfälle digitaler Zahlungssysteme Mitte September 2024 möglicherweise durch eine mangelhafte IT-Infrastruktur, die über die Kartenleseterminals des IT-Dienstleisters Telecash hinausgeht und etwa Datenverbindungen zwischen Händlern und Banken umfasst, ausgelöst beziehungsweise verursacht wurden (bitte ausführen)?

Der Bundesregierung liegen keine Hinweise auf eine mangelhafte IT-Infrastruktur vor.

3. Liegen der Bundesregierung zum Beispiel Hinweise darauf vor, ob die in der Vorbemerkung der Fragesteller geschilderten Ausfälle digitaler Zahlungssysteme Mitte September 2024 möglicherweise durch eine mangelhafte Programmierung der Software, inklusive nicht rechtzeitig aufgespielter Aktualisierungen, ausgelöst beziehungsweise verursacht wurden (bitte ausführen)?

Der Bundesregierung liegen keine Hinweise auf nicht rechtzeitig aufgespielte Aktualisierungen vor.

4. Befindet sich die Bundesregierung beziehungsweise eine ihr nachgeordnete Behörde im regelmäßigen Austausch mit dem Handel und der Kreditwirtschaft, um Vorsorge dafür zu treffen, dass die Möglichkeiten digitalen Bezahlens jederzeit gegeben sind, und wenn ja, mit welchen Ergebnissen?

Die BaFin steht entsprechend ihrer Zuständigkeit zu Fragen der operationellen Resilienz der IT-Infrastrukturen im Finanzwesen regelmäßig im Austausch mit der Kreditwirtschaft und den von ihr beaufsichtigten Unternehmen. Grundlage dazu bietet künftig nicht zuletzt die Verordnung (EU) 2022/2554 des europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 über die digitale operationale Resilienz im Finanzsektor (Digital Operational Resilience Act – DORA).

Auch das BSI als Cybersicherheitsbehörde des Bundes befindet sich im regelmäßigen Austausch mit relevanten Unternehmen der Branche.